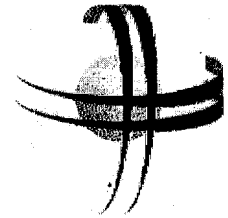


**Erklärung des Sachausschusses Ökologie  
des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese München und Freising  
zu den aktuellen Entwicklungen in der „Grünen Gentechnologie“**



Durch die Aufhebung des Moratoriums für den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen durch die EU und damit der Freigabe des Freilandanbaus genveränderter Pflanzen in Deutschland hat der Umgang mit der „Grünen Gentechnik“ eine neue Dimension erreicht.

Der Diözesanrat, ähnlich wie weite Teile der Bevölkerung, sehen mit größter Besorgnis, dass der Umgang mit diesen neuen Techniken stattfindet, ohne dass deren Folgen für die Ökonomie und die ökologischen Systeme, für die kulturellen und sozialen Gegebenheiten sowie für die Gesundheit von Mensch und Tier auch nur annähernd berücksichtigt werden.

So ist beispielsweise das Auskreuzen von gentechnisch veränderten Organismen vor allem auf verwandte Nutz- und Wildpflanzen nicht zu verhindern. Der Pollenflug und das Übertragen von Pollen durch Insekten sind nicht eingrenzbar. Die Folgen sind Verunreinigungen von nicht gentechnisch veränderten Nutzpflanzen und Veränderungen im Ökosystem. So kann sich z. B. der Durchwuchs von gentechnisch verändertem Raps auf einen Zeitraum von bis zu 7 Jahren erstrecken und auch dann noch wirksam werden, wenn auf dem Acker kein gentechnisch veränderter Raps mehr angebaut wird. Die möglichen Auskreuzungen machen eine Koexistenz von landwirtschaftlicher Nutzung mit gentechnisch veränderten und ohne gentechnisch veränderten Pflanzen fast unmöglich. Die Festlegung von Abstandsflächen und detaillierte Haftungsregelungen, wie sie das neue Gentechnikgesetz enthält, sind letztlich keine Lösung.

Die ungelöste Frage der Koexistenz hat zudem erhebliche Auswirkungen auf das Zusammenleben der Landwirte in einer Gemeinde. Vorhersehbar sind erhebliche Konflikte zwischen den Landwirten mit unterschiedlicher Einstellung zur Grünen Gentechnik. So zeigt sich jetzt schon, dass in vielen Gemeinden sowohl konventionell wie auch ökologisch wirtschaftende Landwirte sich verabreden, gentechnikfreie Gebiete zu schaffen. Gerade den ländlichen Pfarrgemeinden ist es ein großes Anliegen, dass das soziale Miteinander im Dorf nicht unnötig belastet wird.

Das Argument aus Kreisen der Forschung, Wirtschaft und Politik, die Grüne Gentechnik müsse wegen des Wissens- und Wirtschaftsstandorts Deutschland und des Rechts auf Freiheit der Forschung gefördert werden, bedenkt nicht die Konsequenzen für die bäuerliche Landwirtschaft. Die Patentierung von gentechnisch veränderten Organismen und das Angebot von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln aus einer Hand machen die Landwirte zunehmend abhängig von wenigen großen Konzernen. Dies zeigt jetzt schon die Entwicklung in den USA.

Die Grüne Gentechnik setzt auf Ertragssteigerung und Produktivität. Im Vordergrund steht der wirtschaftliche Aspekt. Die Folge wird eine Auslese sein, die nicht so ertragreiche Arten ausgrenzt. Die damit stattfindende Reduzierung der Artenvielfalt ist irreversibel. Den in weiten Bereichen der Bevölkerung verbreiteten Sorgen und Vorbehalten gegenüber der Grünen Gentechnik und damit gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln muss Wirtschaft und Politik Rechnung tragen, sowohl bei der Herstellung der Nahrungsmittel wie auch in der Gesetzgebung. Selbst die Verordnung der EU über die Kennzeichnungspflicht und die Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Organismen kann diese Sorgen und Vorbehalte nicht beseitigen.

Das Argument, mit gentechnisch veränderten Pflanzen könne die Hungersnot in Ländern der sog. Dritten Welt abgebaut werden, ist sehr vordergründig. Gerade die kirchlichen Entwicklungsorganisationen, z. B. Misereor, weisen darauf hin, dass dies eben für den größten Teil der armen Bevölkerung, der nur wenig Land für den Anbau von Nahrungsmitteln besitzt, keine Hilfe ist. Diese Menschen können das gentechnisch veränderte Saatgut nicht bezahlen und werden noch mehr in die Abhängigkeit gedrängt.

Viel sinnvoller ist es dagegen, wenn die Kleinbauern auf die seit Generationen praktizierten traditionellen Anbau- und Bewirtschaftungsformen setzen. Zudem muss eindeutig festgehalten werden, dass die Hungersnot in der Dritten Welt primär ein Strukturproblem, v.a. ein Problem der Landverteilung ist.

Der Diözesanrat fordert die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft nachdrücklich auf, den berechtigten Sorgen und Vorbehalten gegenüber der Gentechnik endlich Rechnung zu tragen. Sie sollen endlich zur Kenntnis nehmen, dass derzeit der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung gentechnisch manipulierte Pflanzen und Lebensmittel ablehnt. Sie haben diesen Willen der Bevölkerung folglich bei ihrer Gesetzgebung bundes- und EU-weit zu vertreten und nicht nur einseitig den Forderungen der Forschungsvertreter und Agrarkonzerne zu folgen.

Der Diözesanrat fordert auch die Vertreter in Wirtschaft und Forschung auf, Politik und Bevölkerung nicht allein mit dem Argument von der Rettung des „Wissenschaftsstandortes Deutschland“ und mit dem „Recht auf Freiheit der Forschung“ zu konfrontieren. Dies ist ein reines „Totschlagargument“ insoweit, als eine ernsthafte Folgenabschätzung mit deren Konsequenzen erst gar nicht zugelassen wird. Nicht alles was möglich ist, muss auch sinnvoll oder gar erlaubt sein. Jeder, der an so weit reichenden Entwicklungen beteiligt ist, muss auch die Verantwortung dafür übernehmen und kann nicht etwa die ethische Folgenabschätzung einfach anderen überlassen

Der Diözesanrat appelliert auch an alle Katholiken, allen voran an die Verantwortungsträger, ihrer Verpflichtung für die Schöpfung und für eine gerechtere Welt beispielhaft nachzukommen. So soll auf allen kirchlichen landwirtschaftlichen Flächen auf den Einsatz gentechnisch veränderten Saatgutes verzichtet und dies auch in Pachtverträgen so festgelegt werden. Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Bestandteilen sollten nicht gekauft bzw. in kirchlichen Einrichtungen und bei kirchlichen Veranstaltungen nicht angeboten werden. Hier sollte vielmehr den (nicht manipulierten) Produkten der jeweiligen Region der Vorzug gegeben werden.

Die Sorge um unkalkulierbare und irreversible Veränderungen an den Lebensgrundlagen der jetzigen und der kommenden Generationen sollte Ansporn genug sein, der Verantwortung des Menschen für die Schöpfung Vorrang zu geben gegenüber oberflächlichen und kurzatmigen, rein ökonomisch geprägten Argumenten einer rücksichtslos agierenden Minderheit.

Verabschiedet vom Sachausschuss Ökologie des Diözesanrates am 21.7.2004